

	Vorlagen-Nr.	
	0069-StR/2009	

Stadtverwaltung Eisenach

Beschlussvorlage Stadtrat

Dezernat	Amt	Aktenzeichen
Dezernat I	01.2	

Betreff
Besetzung des Präventionsrates gegen politischen Extremismus Eisenach

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	19.08.2009	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	21.08.2009	

Finanzielle Auswirkungen			
<input checked="" type="checkbox"/> keine haushaltsmäßige Berührung		<input type="checkbox"/> Einnahmen Haushaltsstelle:	
<input type="checkbox"/> weitere Ausgaben HH-Stelle:		<input type="checkbox"/> Ausgaben Haushaltsstelle:	
HH-Mittel	Lt. HH bzw. NTHH d. lfd. Jahres (aktueller Stand) -EUR-	Haushaltausgaberest -EUR-	insgesamt -EUR-
HH/JR			
<u>Inanspruchnahme</u>			
./ . verausgabt			
./ . vorgemerkt			
= verfügbar			
Frühere Beschlüsse			
Beschluss-Nr.:	Beschluss-Nr.:	Beschluss-Nr.:	Beschluss-Nr.:

I. Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Entsendung der folgenden 6 Personen in den Präventionsrat gegen politischen Extremismus Eisenach:

Herrn Sascha Schorr	(CDU)
Herrn Gerhard Lapp	(CDU)
Frau Christiane Leischner	(DIE LINKE)
Herrn Dr. Wolfgang Schenk	(SPD)
Frau Rosemarie Schneider	(BfE)
Frau Christa Wolff	(B90/Die Grünen)

Begründung:

Im Präventionsrat gegen politischen Extremismus Eisenach werden die Gefahren des politisch motivierten Extremismus, Radikalismus sowie der vorurteilsbedingten Kriminalität thematisiert und vorbeugende Maßnahmen entwickelt.

Der Präventionsrat gegen politischen Extremismus Eisenach ist ein Arbeitsgremium des Oberbürgermeisters, das seit 2005 besteht. Die Fortführung dieser Aufgabe ist notwendig. Der Präventionsrat gegen politischen Extremismus Eisenach ist gleichzeitig Teil des Ämternetzwerkes des Lokalen Aktionsplanes Eisenach und Wutha-Farnroda im Rahmen des Bundesprogrammes "Vielfalt tut gut".

Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters arbeiten sechs vom Stadtrat entsendete Personen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Polizeiinspektion, des Staatlichen Schulamtes, des Ordnungsamtes, des Jugend- und Schulverwaltungsamtes, des Landesamtes für Verfassungsschutz und der Landesstelle Gewaltprävention mit. Soweit erforderlich kann der Oberbürgermeister weitere Behörden, Einrichtungen oder Organisationen hinzuziehen.

In Anlehnung an die Besetzung der Ausschüsse erfolgt die Entsendung der Mitglieder nach dem mathematischen Verhältnisverfahren Hare/Niemeyer.

Dementsprechend hat die CDU-Stadtratsfraktion das Vorschlagsrecht für 2 Sitze, die DIE LINKE-Stadtratsfraktion für 1 Sitz, die SPD-Stadtratsfraktion für 1 Sitz, die BfE-Stadtratsfraktion für 1 Sitz und die B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion für 1 Sitz.

Die vorschlagsberechtigten Stadtratsfraktionen werden gebeten, die Personen bis spätestens zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19. August 2009 zu benennen.

gez. Matthias Doht
Oberbürgermeister